



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Barbara Fuchs, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ja zum Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland – Keine weitere Blockade des Wachstumschancengesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) im Bundesrat nicht weiter zu blockieren. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem im Vermittlungsausschuss verhandelten Kompromiss zuzustimmen und das Gesetz in der finalen Abstimmung im Bundesrat passieren zu lassen.

Begründung:

Das Wachstumschancengesetz stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Mit steuerlichen Anreizen wird der Standort Deutschland für Investitionen in saubere und klimafreundliche Technologien attraktiver. Das Gesetz sah ursprünglich eine Entlastung von rund 7 Mrd. Euro für die Wirtschaft vor. Auf Druck der Union wurden im Vermittlungsausschuss nun leider erhebliche Teile des Gesetzes gestrichen, sodass sich die jährliche Entlastung noch auf 3,2 Mrd. Euro beziffert. Gleichzeitig spricht Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger bei der reduzierten Summe von einem „Heftpflaster“ für die Wirtschaft und fordert die zehnfache Summe als Entlastung.

Seit Ende letzten Jahres blockieren und torpedieren die unionsgeführten Bundesländer diese wichtigen Maßnahmen für die bayerische und deutsche Wirtschaft. Dass unser Land heute so dasteht, hat auch damit zu tun, dass kein Ausbau der Infrastruktur, keine Investitionen in die Bahn, keine Digitalisierung, keine wirkliche Energiewende und kein Fachkräfteeinwanderungsgesetz in 16 Jahren Unionsregierung wirklich in Angriff genommen wurden. Unternehmen dürfen von der vermeintlich wirtschaftsfreundlichen CSU nicht in Haftung genommen werden, um über diese Versäumnisse hinwegzutäuschen. Inzwischen haben 18 Wirtschaftsverbände die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten aufgefordert, die Blockadehaltung aufzugeben – darunter beispielsweise die MittelstandsAllianz, der Bundesverband Breitbandkommunikation oder der Eigenheimerverband Deutschland. „Es steht nichts weniger auf dem Spiel als die Rettung des deutschen Mittelstands“, teilten die Verbände in ihrem Schreiben mit. Auch in Bayern sind die mittelständischen Unternehmen das Rückgrat der Wirtschaft.